

VERTRETUNG DER ITALIENISCHEN SCHWEIZ IM BUNDESRAT

Céline Antonini , Studentin an Sciences Po Paris

Marina Carobbio –Nationalrätin –TI

5.3.2012

Die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey war Auslöser einer sehr lebhaften Debatte zum Thema Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat. Drei Monate nach der Wahl des sozialdemokratischen Bundesrats Alain Berset scheint es nun angebracht, diese Frage wieder in Ruhe anzugehen. Dabei sollen die Zusammensetzung und die Repräsentationskraft der Schweizer Regierung eingehender betrachtet werden. Die Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat steht auch im Zusammenhang mit einem allgemein verstärkt spürbaren Gefühl, wonach es um den inneren Zusammenhalt der Schweiz nicht besonders gut bestellt sei. Die entsprechenden Alarmzeichen, wie die schleichende Aufgabe des Unterrichts einer zweiten Landessprache zugunsten des Englischen in einigen Kantonen oder die nach wie vor bestehende Untervertretung der Romandie und der italienischen Schweiz in der Bundesverwaltung, werden immer deutlicher. In einigen Departements, wie zum Beispiel im Wirtschaftsdepartement oder im Verteidigungsdepartement, stellen die italienischsprachigen Mitarbeitenden gerade mal 1% des Personalbestandes dar. Die verschiedenen sprachlich-kulturellen Teile der Schweiz, wie eben die italienischsprachige Minderheit, fühlen sich auf Bundesebene in der Schweiz immer weniger vertreten. Dies schadet der multikulturellen Struktur der Schweiz und ihrer nationalen Kohäsion. Dabei sind es gerade diese Elemente, die zu einem grossen Teil die Stärke unseres Landes ausmachen.

Gerade weil die italienische Schweiz über besondere Eigenheiten verfügt, ist die Notwendigkeit einer angemessenen Vertretung auf Bundesebene besonders gross. Das Tessin, der grösste Teil der italienischen Schweiz, ist mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert, die eine eigene, lagespezifische Ausprägung aufweisen und von den anderen Schweizer Regionen nicht in gleicher Art erlebt werden, mit Ausnahme von Kantonen wie Wallis oder Genf, die eine in einem gewissen Sinne ähnliche Situation kennen.

Mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die klar über dem Schweizer Mittel liegt (im Januar 2012 – 5,3 % verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt von 3,4 %), mit der sich verschärfenden Problematik der italienischen Grenzgänger, deren Anzahl sich in den letzten Jahren massiv erhöht hat (im Dezember 2011 arbeiteten 51'416 Grenzgänger im Tessin) und mit einer Industrialisierung, die viel weniger stark ausgeprägt ist, als in der übrigen Schweiz, kämpft das Tessin mit sehr spezifischen und besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Intensivierung der Beziehungen mit der Europäischen Union über die bilateralen Verträge brachte den Grenzregionen, zu denen auch das Tessin gehört, noch grössere Herausforderungen. Insbesondere die

Personenfreizügigkeit und die daraus resultierende Lohndumping-Problematik erwiesen sich als für die Grenzkantone besonders schwierig. Die Tessiner Bevölkerung äussert immer grössere Vorbehalte gegenüber diesen Abkommen, die aber für die Schweizer Wirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. Angesichts dieses Sachverhalts ist es besonders wichtig, einen Vertreter oder eine Vertreterin im Bundesrat zu haben, die auch in der Lage sind, die besonderen Herausforderungen dieser Region in gebührender Weise darzustellen, und so den entsprechenden Verfassungsartikel zu achten: "Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind." (Art 175, Abs. 4). Dieser Artikel wird heute bei den Bundesratswahlen nicht mehr gebührend berücksichtigt.

Indem sie die Notwendigkeit erkennt, alle sprachlich-kulturellen Gemeinschaften, die die Schweiz ausmachen, in der nationalen Politik der SP zu vertreten - sowohl in den höchsten Chargen der Partei als auch im Bundesrat -, bietet sich heute für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Möglichkeit, sich als Verteidigerin der sprachlichen Minderheiten einzusetzen. Wir schlagen vor, verschiedene Möglichkeiten zu prüfen, um eine bessere Vertretung der italienischsprachigen Schweiz in Bundesbern zu gewährleisten.

Die Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat in der Geschichte der Schweiz

In den kürzlich stattgefundenen Diskussionen rund um die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey wurde vieles über die Modalitäten der Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin aus der italienischen Schweiz in den Bundesrat gesagt. Für einige bestehe ein stillschweigendes Übereinkommen oder eine informelle Praxis, wonach eine italienischsprachige Person immer eine deutschsprachige ersetzt und keinen Vertreter der Romandie. Für andere ist eine Regierung mit weniger als zwei welschen Bundesräten so oder so nicht vorstellbar. Wenn man die Wahl von früheren Tessiner Bundesräten analysiert, lassen sich aber die in den letzten Monaten gemachten Aussagen leicht widerlegen. Es kann aufgezeigt werden, dass die Wahl einer italienischsprachigen Person im Dezember nicht zu einer besonders untypischen Zusammensetzung des Bundesrats geführt hätte.



Die italienische Schweiz war 77 Jahre lang im Bundesrat vertreten – in wechselnder und unterschiedlicher Regierungszusammensetzung. 37 Jahre lang in der Besetzung 5 Deutschschweizer, 1 Romand, 1 Vertreter der italienischen Schweiz und 40 Jahre lang in der Zusammensetzung 4 Deutschschweizer, 2 Romands und 1 Vertreter der italienischen Schweiz. Die Anwesenheit eines einzigen Romand im Bundesrat neben einem Vertreter der italienischen Schweiz scheint also keine Ausnahme, sondern eine relativ übliche Konstellation in der Geschichte der Schweiz.

Italienischsprachige Bundesräte seit 1848

Name	Zeit	Partei	Kanton	Zusammensetzung des BR nach Partei	Zusammensetzung des BR nach Sprache	Ersatz für	Jahre seit letztem Tessiner BR
				PLR = FDP PPD = CVP UDC = SVP PSS = SP	G = Germanofono = Deutschsprachig F = Francofono = Französischsprachig I = Italofono = Italienischsprachig		

Nome	Periodo	Partito	Cantone	Composizione partitica del CF	Composizione linguistica del CF	Sostituzione di	Anni trascorsi dall'ultimo CF ticinese
Stefano Franscini	1848-1857	PLR	TI	7 PLR	5 G, 1 F, 1 I		o
Giovanni Battista Pioda	1857-1864	PLR	TI	7 PLR	5 G, 1 F, 1 I	Italofono PLR	o
Giuseppe Motta	1912-1940	PPD	TI	6 PLR + 1 PPD	4 G, 2 F, 1 I	Germanofono PPD	48
Enrico Celio	1940-1950	PPD	TI	4 PLR, 2 PPD, 1 UDC	5 G, 1 F, 1 I	Italofono PPD	o
Giuseppe Lepori	1955-1959	PPD	TI	3 PPD, 3 PLR, 1 UDC	4 G, 2 F, 1 I	Germanofono PLR	5
Nello Celio	1967-1973	PLR	TI	2 PSS, 2 PLR, 2 PPD, 1 UDC	5 G, 1 F, 1 I	Francofono PLR	8
Flavio Cotti	1987-1999	PPD	TI	2 PSS, 2 PLR, 2 PPD, 1 UDC	4 G, 2 F, 1 I	Germanofono PPD	14
x	x	x	x	x	x	x	13 anni

- Mit Ausnahme einer langen Absenz der italienischen Schweiz im Bundesrat (48 Jahre, zwischen der Wahl von Giovanni Battista Pioda und Giuseppe Motta), war die italienischsprachige Schweiz nie über sehr langer Zeit von der Regierung ausgeschlossen worden. In bestimmten Fällen (Giovanni Battista Pioda und Enrico Celio) wurden die italienischsprachigen Bundesräte direkt durch einen anderen Vertreter der italienischen Schweiz abgelöst, was die Kontinuität der Vertretung der italienischen Schweiz gewährleistete.
- Es gab mehr oder weniger lange Zeitabschnitte, in denen die italienische Schweiz gar nicht vertreten war: **48 Jahre** zwischen 1864 und 1912, **5 Jahre** zwischen 1950 und 1955, **8 Jahre** zwischen 1959 und 1967 und **12 Jahre** zwischen 1973 und 1987. Seit dem Abgang von Flavio Cotti aus dem Bundesrat sind **13 Jahre** vergangen. Lässt man die 48-jährige Abwesenheit der italienischen Schweiz im Bundesrat ausser Acht, nähern wir uns nun gerade der **längsten Zeitperiode ohne italienischsprachigen Vertreter im Bundeshaus in der gesamten Geschichte der Schweiz**.
- **Es besteht keine richtige Regel für den Ersatz von italienischsprachigen Bundesräten.** Alle Szenarien wurden bereits durchgespielt: Ersatz eines Deutschschweizer Bundesrates durch einen italienischsprachigen (Motta, Lepori, Cotti), eines welschen Bundesrates durch einen Tessiner (Nello Celio), eines italienischsprachigen durch einen anderen italienischsprachigen (Pioda, Enrico Celio). Die Meinung, wonach jemand aus der italienischen Schweiz zwangsläufig

den Platz eines Deutschschweizers übernehmen müsse, die während den Diskussionen rund um die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey laut geworden ist, entbehrt somit jeder Grundlage.

- **Die Zusammensetzung des Bundesrates aus 5 Deutschschweizer Bundesräten, einem Welschen und einem Bundesrat aus der italienischen Schweiz ist eigentlich keine aussergewöhnliche, sondern eine eher geläufige:** So sah in der Tat die während 37 Jahren gültige Zusammensetzung der Schweizer Regierung aus. Die in den letzten Monaten immer wieder geäusserte Ansicht, es müssten zwangsläufig mindestens zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Romandie im Bundesrat sitzen, erweist sich, wie die Geschichte der Schweizer Politik zeigt, als falsch.
- Eine Partei musste auch nicht zwingend über mehrere Bundesratssitze verfügen, um einen Sitz einem Tessiner oder einer Tessinerin anzubieten. Giuseppe Motta, zum Beispiel, wurde als einziger Vertreter der christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz gewählt.

Die seit 1999 zunehmenden Schwierigkeiten bei der Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin der italienischen Schweiz

War die Vertretung der italienischen Schweiz in der Vergangenheit noch mehr oder weniger gewährleistet, wurde es ab 1999 zunehmend schwieriger, den italienischsprachigen Teil der Schweizer Bevölkerung in der Regierung zu vertreten. In Tat und Wahrheit fehlte es nie an Tessiner Kandidaturen, doch sie scheinen immer relativ schnell vom Tisch gewischt worden zu sein. Nur im Falle der direkten Nachfolge von Flavio Cotti wurde ein Tessiner als offizieller Bundesratsanwärter der Partei nominiert. In den anderen Fällen wurden die Tessiner Kandidaten und Kandidatinnen, die sich fast immer für ihre Partei zur Verfügung gestellt hatten, nie als offizielle Kandidaten nominiert, und somit kam es auch nicht zu ihrer Wahl.

Name	Jahr	Nachfolge von	Offizieller Kandidat	Stimmen	Gewählter BR

Nome	Anno	Successione di	Candidato ufficiale	Voti	CF Eletto
Remigio Ratti	1999	Flavio Cotti	Si	33/17	Joseph Deiss
Patrizia Pesenti	2002	Ruth Dreifuss	No	15	Micheline Calmy-Rey
Fulvio Pelli	2003	Kaspar Villiger	No	11	Hans-Rudolph Merz
Chiara Simoneschi-Cortesi	2006	Joseph Deiss	No	29	Doris Leuthard
Dick Marty	2009	Pascal Couchepin	No	34/12/5	Didier Burkhalter
Ignazio Cassis	2010	Hans-Rudolph Merz	No	12	Johann Schneider-Ammann
Marina Carobbio	2011	Micheline Calmy-Rey	No	10	Alain Berset

Betrachtet man nun die SP und die Wahl der 3 letzten Bundesräte etwas genauer, stellt man fest, dass die Kandidaturen aus dem Tessin immer behindert wurden.

- **Im 2002, im Rennen um die Nachfolge von Ruth Dreifuss**, beschloss die SP-Leitung, dass nur “weibliche Kandidaturen aus der welschen Schweiz” (vgl. Le Temps, 9.11.2002) in Betracht zu ziehen seien. Die Kandidatin Patrizia Pesenti wurde somit automatisch ausgeschlossen.
- **Im 2010, im Rennen um die Nachfolge von Moritz Leuenberger**, liess die SP-Fraktionschefin im Bundeshaus verlauten, dass “der Nachfolger jemand aus der Deutschschweiz” sein müsse (vgl. SDA, 9.7.2010). In der Folge öffnete man sich auch gegenüber der italienischen Schweiz, aber erst nach dem Protest der Tessiner Sozialdemokraten. Zu diesem Zeitpunkt war aber klar, dass es schwierig würde, die Tessiner Kandidatur offiziell zu portieren.
- **Im 2011, im Rennen um die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey**, verkündete die SP, alle Kandidaturen aus der “lateinischen Schweiz” entgegenzunehmen. Spätere Äusserungen verschiedener anderen SP-Exponenten zeigten allerdings, dass in Tat und Wahrheit viele der Ansicht waren, der Sitz gehöre der Romandie und diskreditierten somit die Kandidatur von Marina Carobbio. Dabei war die Kandidatur von Marina Carobbio sowohl durch die Tessiner Kantonsregierung, als auch durch die SP-Frauen und durch die Tessiner Delegation im Bundeshaus breit abgestützt.

Es lässt sich somit feststellen, dass die Tessiner Kandidaturen eigentlich nie angebracht sind: Diskutiert man über die Nachfolge eines Deutschschweizer Ministers oder einer Deutschschweizer Ministerin, wird das Tessin als Teil der “lateinischen Schweiz” betrachtet. Geht es hingegen darum, einen Bundesrat oder eine Bundesrätin aus der welschen Schweiz zu ersetzen, betont man, es wäre richtiger, wenn die italienische Schweiz einen Deutschschweizer Sitz übernehmen würde.

Es stellt sich daher die Frage, wann der richtige Moment für die Wahl eines Tessiner Bundesrats oder einer Tessiner Bundesrätin gekommen sein wird.

Aus den welschen Medienberichten wurde deutlich, wie zögerlich die Haltung gegenüber der Tessiner Kandidatin war. Obschon die offizielle Kandidatur allen Kandidaten und Kandidatinnen der lateinischen Schweiz offen stand, war diese Offenheit in Wirklichkeit eher Fassade. Und dies obwohl gemäss einigen Umfragen Marina Carobbio in der Deutschschweiz breitere Akzeptanz genoss als andere, welsche Kandidaten (vgl. Umfrage 20 Minuten – 06.12.2011).

- “Elle menace le siège des romands” (cfr. Le Matin 23.11.2011)
- François Cherix, Abgeordneter im Waadtländer Grossrat “Aux francophones d’être fermes et de ne pas intégrer les italophones au Conseil fédéral sur le dos de leur propre minorité. A vu de la population et du PIB romand, la logique voudrait que nous ayons deux sièges au gouvernement” (vgl. Le Matin 23.11.2011)
- “Si vous êtes élue au Conseil Fédéral vous allez prendre la place d’un socialiste romand et ce n’est pas très sympa! (Infrarouge 22.11.2011)
- “A gauche aussi, la lutte pour le pouvoir est sans pitié. Pas de cadeau pour les plus faibles (vgl. 24 heures. 28.11.2011)
- “La candidature tessinoise semble être perçue comme une entrave par les stratégies du parti, notamment par les ténors romands. On imagine difficilement que les socialistes romands renoncent à un ministre au nom de la solidarité latine” (cfr Domainepublic.ch, 24.11.2011)

Die in den letzten Jahren im Parlament diskutierten Vorschläge

Die mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundesrates zusammenhängenden Probleme sind schon seit einigen Jahren Gegenstand von Diskussionen. Es wurden bereits verschiedene neue Regierungszusammensetzungen diskutiert, mit den Modellen 5, 9 oder 11 Bundesräten und fixen Quoten für eine Vertretung der lateinischen Schweiz. Im Moment wurde noch keiner dieser Vorschläge angenommen, aber im Verlauf des Monats Dezember wurden vier parlamentarische Interventionen (deren Ausgang noch ungewiss ist, mit der Ausnahme der Motion Comte, die am 29.2.2012 behandelt wurde) eingereicht.

- 07.10.1994: Motion von Peter Schmidt (94.3448) für die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder (auf 9 oder auf 11) mit Gegenvorschlag des Bundesrats – *erledigt*
- 10.06.1996: Parlamentarische Initiative von Max Dünki (96.422) für die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder auf 9 oder auf 11. – *zurückgezogen*
- 30.04.2009: Motion von Norbert Hochreutener (09.3447) mit dem Vorschlag einer Regierungsreform mit 5 en bloc durch die Bundesversammlung zu Beginn der Legislatur gewählten Mitgliedern. Der Bundesrat würde für bestimmte Kompetenzbereiche Minister ernennen und als deren Aufsichtsorgan amten. – *erledigt*
- 10.06.2009: Parlamentarische Initiative von Josef Zysiadis (09.445) mit dem Ziel, die Anwesenheit von Ministern aus der lateinischen Schweiz im Bundesrat in der Verfassung zu verankern, als Ergänzung zu Art. 175 Art. 4. – *erledigt*
- 10.12.2009: Motion von Thérèse Meyer-Kaelin für die Erhöhung der Anzahl Bundesräte auf 9. – *erledigt*
- 10.12.2009: Interpellation von Doris Fiala zur Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder von 7 auf 9. – *erledigt*
- 17.03.2010: Motion von Luc Recordon (10.3129) für einen Bundesrat mit 9 Mitgliedern. – *erledigt*

- 18.05.2010: Standesinitiative des Kantons Tessin für die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder auf 9 – noch nicht behandelt
- 21.12.2011: *Motion von Jacqueline Fehr (II.4103)* für die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder von 7 auf 9. – *der Bundesrat schlägt vor, die Motion abzulehnen*
- 21.12.2011: Motion von Christine Bulliard-Marbach (II.4110) für die Stärkung des Bundesrates durch die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder auf 9 – *der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung*
- 21.12.2011: Motion von Dominique de Buman für die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder von 7 auf 9. – *der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung*
- 23.12.2011: Postulat von Raphaël Comte (II.4215) für eine bessere Vertretung der verschiedenen Sprachgruppen im Bundesrat, eventuell über eine Regionen-Klausel. – *der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung. Der Postulat ist in Ständerat mit 19 zu 18 am 29.2.2012 abgelehnt worden.*

Vorschläge für die Zukunft

Die Organisations- und die Funktionsweise der Schweizer Regierung ist die gleiche wie schon 1848, was für eine heutige Demokratie eine Besonderheit ist. Angesichts der stets wachsenden Herausforderungen und der Schwierigkeiten, auch die sprachlichen Minderheiten unseres Landes gut zu vertreten, scheint es angemessen, die Struktur der Schweizer Regierung neu zu überdenken.

Die Häufung der parlamentarischen Interventionen zu diesem Thema in den letzten Jahren zeigt, dass die heutige Regierungsstruktur vermehrt als problematisch wahrgenommen wird.

Das einzige Element bezüglich Zusammensetzung des Bundesrats, das seit 1848 verändert wurde, ist die Kantonsklausel, die im Jahr 1999 wegfiel und von einer Sprach-/und Regionenklause ersetzt wurde. Diese ist aber nicht bindend, und besagt, dass die verschiedenen Regionen und Sprachgruppen gerecht vertreten sein müssen. (Artikel 175, Abs. 4). Die Aufhebung der Kantonsklausel wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vorgelegt, die sie mit 74 % angenommen haben. Alle Kantone äusserten sich befürwortend, mit Ausnahme der Kantone Jura und Wallis.

Mehr als zehn Jahre nach der Streichung der Kantonsklausel wird nun klar, dass sich das Risiko einer Übervertretung gewisser Kantone konkretisiert hat. In den Jahren 2003 und 2009 wurde eine zweite Zürcher Vertretung und im Jahr 2010 eine zweite Berner Vertretung in den Bundesrat gewählt.

Die Tatsache, dass die Zauberformel nun Geschichte ist und dass gar 3 Parteien einen einzigen Vertreter im Bundesrat haben, schmälerte die Chancen der italienischen Schweiz. Da der Kanton Tessin nur 5 % der Wähler umfasst, ist es wenig wahrscheinlich, dass die Regierungsparteien einen Tessiner Bundesrat oder eine Tessiner Bundesrätin wählen, der oder die sie vertreten soll, wenn sie in der Regierung nur über einen Sitz verfügen. Dennoch wurden die Tessiner Kandidaturen auch im Falle von Parteien mit zwei Regierungssitzen, wie FDP und SP, in den letzten Jahren stets aus der Liste der offiziellen Anwärter gestrichen.

Es muss auch betont werden, dass die Präsenz der italienischen Schweiz nicht nur als Wille interpretiert werden soll, einen einzigen Kanton, nämlich das Tessin, zu vertreten,

wie das oft geschieht. Die italienischsprachigen Schweizerinnen und Schweizer stellen 6,5 % der Bevölkerung dar, und sie leben nicht nur im Tessin und im italienischen Graubünden, sondern in allen Regionen der Schweiz. Es wäre somit angebracht, die Frage der Italianità nicht nur als eine den Kanton Tessin betreffende Thematik anzugehen, sondern sie als eine Notwendigkeit wahrzunehmen, eine der Schweiz eigenen Sprache und Kultur zu vertreten.

Verschiedene Lösungen können in Betracht gezogen werden, um zu versuchen, ein Gleichgewicht zwischen den sprachlich-kulturellen Komponenten der Schweiz innerhalb des Bundesrates zu finden und Artikel 175, Abs. 4, eine grössere Beachtung zukommen zu lassen. Obschon dieser Verfassungsartikel nicht bindend ist, müsste der Geist, den er verkörpert, stärker wahrgenommen werden.

1) Einführung einer Regionenklausel (Nenad Stojanovic)

Derzeit kommen 6 Bundesräte aus der Region "A1", die Achse Fribourg-Neuchâtel-Bern-Zürich, die aber nicht für die ganze Schweiz repräsentativ ist. So sind weder das Tessin, noch der Léman-Bogen, weder die Zentralschweiz, noch die Nordost-Schweiz vertreten. Zudem kommt mit Ausnahme von Simonetta Sommaruga, die in der Nähe von Bern wohnt, kein Bundesrat, keine Bundesrätin aus einer "Grossstadt".

Mit der Einführung einer Regionenklausel würden die 7 Makroregionen, die vom Bundesamt für Statistik definiert wurden, übernommen (Léman, Mittelland, Jura, Aargau, Basel, Zürich, Zentralschweiz, Westschweiz, Tessin), und es würde vermieden, dass pro Makroregion mehr als 2 Vertreter oder Vertreterinnen im Bundesrat Einsatz hätten. Dies würde es auch erlauben, eine verpflichtende Klausel einzuführen, die eine heterogenere Zusammensetzung des Bundesrats garantiert, ohne die Wiedereinführung der Kantonsklausel neu vorschlagen zu müssen.

Im Jahr 1999 wurde die Kantonsklausel, die es den Kantonen untersagte, mehr als einen Bundesrat aus dem gleichen Kanton zu bestellen, gestrichen. Wenn eine Kantons- oder Regionenklausel in Kraft gewesen wäre, hätten die italienischsprachigen Kantone in mehreren Fällen grössere Wahlchancen gehabt. Dazu einige Beispiele aus kürzlich stattgefundenen Wahlen:

- **2002: Nachfolge von Ruth Dreifuss.** Kandidiert hatten Micheline Calmy-Rey (GE), Ruth Lüthi (FR), Liliane Maury-Pasquier (GE), Patrizia Pesenti (TI) und Jean Studer (NE). Für die offizielle Liste waren Micheline Calmy-Rey und Ruth Lüthi ausgewählt worden. Wenn die Regionenklausel noch gültig gewesen wäre, hätte Ruth Lüthi nicht aufgelistet sein können, da bereits zwei VertreterInnen des Mittellands gesetzt waren. Patrizia Pesenti hätte daher grössere Chancen gehabt, als offizielle Kandidatin nominiert zu werden.
- **2003: Nachfolge von Kaspar Villiger.** Auf der offiziellen Liste standen Beerli und Merz; der Tessiner Fulvio Pelli wurde ausgeschlossen. Mit der Regionenklausel hätte Beerli nicht auf der Liste stehen können, da bereits zwei Vertreter des Mittellands vorhanden waren. Fulvio Pelli hätte somit grössere Chancen gehabt, auf der Liste zu stehen.

- **2011: Für die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey** wurden Alain Berset (FR) und Pierre-Yves Maillard (VD) nominiert. Mit der Regionenklause hätte Berset nicht nominiert werden können, da bereits drei Vertreter des Mittellands vorhanden waren. Marina Carobbio hätte somit grössere Chancen gehabt.

Die Regionenklause ermöglicht es nicht nur, das Problem der Vertretung der italienischsprachigen Schweiz zu lösen, sondern sie würde gesamthaft betrachtet ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen geografisch-wirtschaftlichen und sprachlichen Regionen schaffen. Einige Kantone, die noch nie im Bundesrat vertreten waren, wie die Kantone Jura, Nidwalden, Schaffhausen, Schwyz oder Uri, hätten zudem die Chance, endlich auch einmal in der Regierung vertreten zu sein.

2) Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder von 7 auf 9

Dieser Vorschlag, der seit mehreren Jahren diskutiert und nun in der letzten Wintersession von Jacqueline Fehr, Dominique de Buman und Christine Bulliard-Marbach erneut vorgebracht wurde, würde es ermöglichen, die verschiedenen sprachlich-kulturellen Minderheiten der Schweiz besser zu vertreten und darüber hinaus die Effizienz des Bundesrates zu steigern. Die Schweiz hat im weltweiten Vergleich eine Regierung mit einer der geringsten Anzahl Ministern, was die Arbeitsbelastung für die Bundesräte massiv erhöht. Dank der Erhöhung auf 9 Bundesräte könnten die Departemente effizienter organisiert werden. Es bleiben noch einige Kritikpunkte, wie zum Beispiel die Schwierigkeit, in einem Neunergremium das Kollegialitäts- und das Konkordanzprinzip zu achten, oder der grössere Verwaltungsaufwand.

Trotzdem scheint dieser Vorschlag einen breiten Konsens zu finden. Bereits 2009 wurde die Erhöhung der Zahl der Bundesratsmitglieder auf 9 über eine Standesinitiative des Tessins vorgeschlagen, sie wurde allerdings durch die Staatspolitische Kommission des Nationalrats abgelehnt.

3) Wiederherstellung der Kantonsklausel

Die Wiedereinführung der Kantonsklausel könnte eine mögliche Lösung für die zahlenmässig zu hohe Präsenz von Bundesräten aus gewissen Regionen sein. Diese Wiedereinführung scheint allerdings eher schwer umsetzbar, da die Klausel erst vor 13 Jahren abgeschafft wurde, gemäss dem Willen einer breiten Mehrheit von Volk (74%) und Kantonen (alle ausser Jura und Wallis). Zudem würde dies nicht zwingend die Repräsentation aller Regionen garantieren.

4) Garantierter Sitz (Sprachenquote).

Die Einführung von Sprachquoten für die Romands oder für die Italienische Schweiz könnte ein möglicher Lösungsansatz für das Problem der Untervertretung im Bundesrat darstellen. Eine solche Regelung stünde aber im Widerspruch zur politischen Kultur der Schweiz, die stets davon abgesehen hat. Die Forderungen der italienischen Schweiz gehen nicht zwingend in die Richtung eines permanenten Tessiner Sitzes, sondern verfolgen eher das Ziel einer regelmässigen Vertretung im Sinne der Gleichstellung bei Vorliegen von Kandidaturen aus der italienischen Schweiz für freierdende Regierungssitze.

5) SVP-Initiative “Bundesratswahl durch das Volk”

Die SVP-Initiative sieht mindestens zwei garantierte Sitze für die lateinische Schweiz vor. Dies wäre aber für eine Vertretung der italienischen Schweiz nicht unbedingt eine Garantie, sondern wahrscheinlich eher eine noch grössere Hürde. Zudem wäre die

vorgeschlagene Methode der Gewichtung der Stimmen, um die Kandidaturen aus der italienischen Schweiz bevorzugt zu behandeln, wiederum nicht im Einklang mit der politischen Tradition der Schweiz.

Schlussfolgerungen

Die Überlegungen zur Vertretung der italienischen Schweiz im Bundesrat müssen im allgemeinen Kontext einer Regierungs- und Organisationsrevision betrachtet werden. Allerdings in einer Optik, die über die Parteigrenzen der SP hinaus geht. Und doch scheint es unabdingbar, die Haltung der SP gegenüber der italienischen Schweiz etwas genauer anzuschauen. Die Sozialdemokratische Partei hatte noch nie einen italienischsprachigen Vertreter im Bundesrat, im Gegensatz zu CVP oder FDP mit bereits mehreren Tessiner Bundesräten. In den letzten zehn Jahren wurden die Tessiner Kandidaturen als marginal und unbedeutend aufgenommen. Im Falle der Nachfolge von Ruth Dreifuss wurde gesagt, dass der Nachfolger aus der Romandie kommen müsse. Im Jahr 2010 hiess es ursprünglich, dass nur Kandidaturen aus der Deutschschweiz angenommen würden. Im Jahr 2011 standen die Kandidaturen der lateinischen Schweiz zwar offen, aber von der Romandie war ein gewisser Widerstand gegen die Tessiner Kandidaturen spürbar. Nicht selten wurden Argumente vorgebracht, wonach es „richtiger“ sei, wenn ein Tessiner Kandidat den Sitz eines Deutschschweizers übernehmen würde, oder dass die Romandie, wegen ihres wirtschaftlichen Gewichts, Anrecht auf zwei Bundesräte hätte. Eine aufmerksamere Betrachtung der Zusammensetzung des Bundesrats in der Geschichte der Schweiz zeigt, dass die Zusammensetzung 5+1+1 oft vorgekommen ist, und dass es auch schon vorgekommen ist, dass ein Romand durch einen Vertreter der italienischen Schweiz ersetzt worden ist. Die gegenüber der Tessiner Kandidatur vorgebrachten Kritiken scheinen daher jeder Grundlage zu entbehren.

Demnach müssen wir uns heute zwingend überlegen, was die Sozialdemokratische Partei tun kann, um eine gerechtere Vertretung der verschiedenen sprachlichen und kulturellen Komponenten der Schweiz zu gewährleisten. Die SP kann zur treibenden Kraft für die Reform des Bundesrats werden und versuchen, eine korrektere Vertretung der gesamten Bevölkerung der Schweiz zu garantieren. Dadurch würde sie einen wesentlichen Beitrag für die Wahrung der nationalen Kohäsion, des nationalen Zusammenhalts der Schweiz leisten.